

Frau Zapp-Regh stellte den als Anlage 1 beigefügten Sachstandsbericht des BBK über die Auswertung zum Hochwasser-/Starkregenereignis im Rhein-Sieg-Kreis vor.

Abg. Söllheim bat um Auskunft, welche Konsequenzen nunmehr aus der Auswertung gezogen würden.

KVR Freier erläuterte, dass der Rhein-Sieg-Kreis als erste Maßnahme unter Einbeziehung der Kommunen mit dem BBK ein Schulungssystem „Nachhaltige Krisenmanagement-Ausbildung“ entwickelt habe. Im März seien Schulungen der ständigen Mitglieder sowie der anlassbezogenen Mitglieder des Krisenstabes geplant. Im Anschluss daran werde die Schulung der Mitglieder der Koordinierungsgruppe Krisenstab (KGS) und der Mitglieder der kommunalen Krisenstäbe (SAE) bis Ende 2022 erfolgen, dabei werde dies zukünftig in einen laufenden Schulungsprozess überführt werden. Ziel sei eine noch bessere administrative Aufstellung in Krisensituationen. Hierzu sei ein nachhaltiges Krisenmanagement erforderlich. Das erarbeitete Ausbildungskonzept werde der Niederschrift beigefügt (Anlage 2).

Abg. Koch bat um Auskunft zur Sicherstellung der Kommunikation im Krisenfall sowie zu Kommunikationswegen und der Prüfung möglicher Redundanzen.

KBM Engstenberg antwortete, dass auf der Ebene der Feuerwehren als Redundanz zum Digitalfunk der analoge Sprechfunk sowie Satellitenkommunikation zukünftig genutzt würde. Die Sicherstellung einer Notstromversorgung aller Funksendemasten zur Alarmierung werde ebenfalls erfolgen. Grundsätzlich sollten so viele Redundanzen als möglich geschaffen werden.

Abg. Otter erkundigte sich nach einem Austausch mit dem Betreiber der Steintalsperre hinsichtlich der Kommunikation

KVR Freier erklärte, dass seitens des Rhein-Sieg-Kreises kein direkter Kontakt zum Betreiber der Steinbachtalsperre bestanden habe. Man habe mit der Leitstelle des Kreis Euskirchen in Kontakt gestanden.

SkB Müller stellte im Hinblick auf die angedachten Redundanzen fest, dass hier auch die notwendige Infrastruktur vor Ort vorhanden sein müsse und bat um Auskunft, ob dies der Fall sei.

KBM Engstenberg erklärte, dass dies in die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen falle. Als Ergebnis einer Nachbesprechung mit den Feuerwehren werden in deren Führungsstellen zukünftig Geräte zur Satellitenkommunikation vorgehalten.

Im Rahmen der Beratung würden die Kommunen in der Umsetzung und Harmonisierung der Systeme unterstützt.

KVR Freier ergänzte, dass auch auf Ebene der SAE die Schaffung und Harmonisierung von Redundanzen angestrebt werde.